

## **Rieder: Wiener stehen hinter Drogenpolitik der Stadt**

Zwtl.: 90 Prozent für Ausbau der Hilfsangebote für Drogenkranke

Wien, (OTS) "Die Wienerinnen und Wiener unterscheiden heute bereits eindeutig zwischen dem Drogenabhängigen, der als Kranker gesehen wird, und dem kriminellen Drogenhandel. Von einer Ausweitung von Polizeimaßnahmen gegen Drogenabhängige erwarten sich die Wiener kaum etwas. Deren Aufgabenfeld wird in der Bekämpfung des kriminellen Drogenhandels gesehen. Der Großteil der Wiener Bevölkerung gibt daher Hilfe und Therapie für Drogenkranke gegenüber Kriminalisierung und Polizeimaßnahmen den Vorrang", erklärte Wiens Gesundheitsstadtrat Dr. Sepp Rieder am Montag im Rahmen eines Mediengesprächs, in dem eine Studie zur Drogensituation in Wien vorgestellt wurde. Dazu wurden Ende 1999 vom Institut für Empirische Sozialforschung IFES insgesamt 600 WienerInnen befragt.\*\*\*\*

An dem Mediengespräch nahmen weiters der Wiener Drogenkoordinator Peter Hacker, der Wiener Drogenbeauftragte Dr. Alexander David und Dr. Gert Feistritzter von IFES teil.

"Fast 90 Prozent der Wienerinnen und Wiener befürworten einen weiteren Ausbau der Hilfsangebote für Drogenkranke und sprechen sich für Prävention in Kindergärten und Schulen aus", so Rieder. "Damit unterstützt die Bevölkerung die prinzipielle Richtung unserer Drogenpolitik, nämlich ein ausgewogenes Nebeneinander von Prävention, sozialen und medizinischen Maßnahmen sowie Sicherheitsmaßnahmen."

Drogenhandel, so Rieder, sei weiterhin zu verfolgen, wobei die Polizei hier - wie auch die Drogenorganisationen - immer internationaler agieren werden müsse. "Gleichzeitig ist die Bevölkerung aber immer mehr davon überzeugt, dass Drogensucht nicht mit Strafe zu bekämpfen ist", so Rieder. Nur noch 19 Prozent treten für Haftstrafen für Drogenkonsumenten ein, im Jahr 1995 waren dies noch 27 Prozent.

Zwtl.: Rieder: Ausgabenbremse des Bundes kontraproduktiv

"Die Ausgabenbremse des Bundes ist absolut kontraproduktiv",

kommentierte Rieder in diesem Zusammenhang die geplanten Einsparungen des Bundes bei Drogeneinrichtungen. "Offensichtlich macht sich in der Bundesregierung niemand Gedanken, welche enormen Folgekosten das falsche Sparen bei den Drogeneinrichtungen zur Folge haben wird."

Zwtl.: Wiener bevorzugen Hilfe und Prävention anstatt mehr Polizeimaßnahmen

Der überwiegende Teil der Wiener Bevölkerung steht hinter der von der Stadt Wien verfolgten Drogenpolitik. 88 Prozent halten sogar einen weiteren Ausbau der medizinisch-therapeutischen Hilfen bzw. der Beratungsstellen für Drogenabhängige für sehr sinnvoll oder sinnvoll. Die Vorbeugung bzw. Prävention in Kindergärten und Schulen ist für 86 Prozent sehr sinnvoll oder sinnvoll.

Auch bei der Frage "Und wenn Sie selbst über drogenpolitische Maßnahmen entscheiden könnten, wo würden Sie da am ehesten Schwerpunkte setzen?" zeigte sich die Zustimmung der Bevölkerung zum in Wien eingeschlagenen Weg. 32 Prozent würden Maßnahmen zum Ausbau der medizinisch therapeutischen Hilfe setzen und 43 Prozent im Bereich "Vorbeugung in Kindergärten, Schulen, etc."

Zwtl: Steigende Zustimmung für konkrete drogenpolitische Maßnahmen

Ein Großteil der Wienerinnen und Wiener ist mit den in der Bundeshauptstadt durchgeführten drogenpolitischen Maßnahmen einverstanden, wobei bei manchen Maßnahmen in den letzten Jahren eine steigende Zustimmung zu beobachten ist:

So befürworten mittlerweile 64 Prozent der Bevölkerung die Abgabe von sterilen Spritzen an Süchtige. (Im Jahr 1995 waren dies 45 Prozent, im Jahr 1996 48 Prozent und im Jahr 1997 insgesamt 60 Prozent.)

Die konkrete Einrichtung weiterer Therapiestationen halten 82 Prozent für sehr sinnvoll oder sinnvoll. In dieser Frage ist eine anhaltend positive Einstellung der Bevölkerung festzustellen: 1995 waren 81 Prozent dieser Ansicht, 1996 und 1997 waren dies 78 Prozent.

Dagegen befürwortet nur eine Minderheit von 19 Prozent Haftstrafen wegen Drogenkonsum, wobei hier ein rückläufiger Trend

zu beobachten ist: 1995 waren dies noch 27 Prozent, 1996 insgesamt 26 Prozent und 1997 noch 21 Prozent.

Für eine Aufrechterhaltung des generellen Drogenverbots, aber einer Entkriminalisierung der Drogenkranken treten 67 Prozent ein. (1995: 67 Prozent, 1996: 73 Prozent, 1997 insgesamt 74 Prozent). Nach wie vor lehnt die Mehrheit der Wiener Bevölkerung die Liberalisierung von weichen Drogen bzw. die Zulassung von Haschisch-Cafes ab. 59 Prozent halten dies für nicht sinnvoll. Immerhin ist aber ein Viertel vorwiegend jüngerer Menschen dafür.

Die Maßnahme "Behandlung von Drogenkranken mit Ersatzdrogen unter medizinischer Aufsicht" wird von 68 Prozent für richtig gehalten, nur 16 Prozent sprechen sich dagegen aus.

Zwtl.: Zustimmung auch zu Therapieeinrichtungen in unmittelbarer Wohnumgebung

Rund 80 Prozent der Wienerinnen und Wiener befürworten auch Therapieeinrichtungen in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung. 40 Prozent sehen in einer solchen Einrichtung kein Problem, 39 Prozent hätten ein "etwas ungutes Gefühl", sind aber von der Sinnhaftigkeit einer solchen Einrichtung überzeugt. Eine Minderheit von 18 Prozent hätte ein sehr ungutes Gefühl, 2 Prozent würden dagegen protestieren. Bemerkenswert dabei ist, dass bei Personen, bei denen Kinder im Haushalt leben, eine überdurchschnittliche Zustimmung (45 Prozent hätten kein Problem) zu einer Drogenberatungsstelle festgestellt wurde.

Bei den unter 30-jährigen stimmen mehr als 90 Prozent solchen Einrichtungen auch in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung zu.

Die Gruppe, bei der die größte Ablehnung festzustellen war, sind ältere Menschen und da vor allem Frauen. Hier hätten 31 Prozent ein sehr ungutes Gefühl.

Zwtl.: Soziale Ausgrenzung von drogenkranken Patienten; niedergelassene Ärzte lehnen Drogenkranke ab

Neu in der regelmäßig durchgeführten IFES-Umfrage war die Frage nach der sozialen Akzeptanz von drogenkranken Menschen. Bei der Frage ob bzw. wie sehr es stören würde, wenn ihr behandelnder Arzt (Hausarzt, Zahnarzt, Gynäkologe) auch Drogenkranke behandeln

würde, ergibt sich folgendes Bild:

Beim Hausarzt hätten fast 90 Prozent kein Problem damit: 66 Prozent gaben an, dass es sie nicht stören würde, 22 Prozent würde es etwas stören. Nur 7 Prozent würde deswegen den Arzt wechseln.

Beim Zahnarzt ist die Zustimmung etwas geringer: 59 Prozent würde es nicht stören, 23 Prozent würde es etwas stören. 12 Prozent würden einen Arztwechsel in Betracht ziehen.

Beim Gynäkologen hätten 51 Prozent kein Problem damit, und 25 Prozent würde es etwas stören. 13 Prozent würden den Arzt wechseln.

Diese doch überwiegende Akzeptanz von drogenkranken Patienten in der Praxis "seines" Arztes ist bemerkenswert, da es sich aus Sicht der Ärzte nicht so verhält: Nach der 1999 vorgestellten Studie "HIV/AIDS in der Gynäkologie" (erstellt in Zusammenarbeit der 2. Internen Abteilung des pulmologischen Zentrums der Stadt Wien - Leitung Prim. Dr. Nobert Vetter - und dem Ludwig Boltzmann-Institut für Frauengesundheitsforschung - Leitung Univ. Prof. Dr. Beate Wimmer-Puchinger) lehnen 63,5 Prozent der Frauenärzte die Behandlung von drogenkranken Frauen ab.

Zwtl.: Befragung der Bevölkerung zur Drogensituation wird regelmäßig durchgeführt

Die IFES-Studie - die unter der e-mail-Adresse [ste@drg.magwien.gv.at](mailto:ste@drg.magwien.gv.at) erhältlich ist - wurde anhand eines Samples von 600 Personen im Alter ab 16 Jahren im November und Dezember 1999 durchgeführt. Die Fragestellungen befassten sich unter anderem mit der Meinung der Wienerinnen und Wiener zur Drogenpolitik der Bundeshauptstadt sowie mit Fragen der Wahrnehmung von bzw. dem subjektiven Bedrohungsgefühl durch "Drogenszenen". Bereits im Jahr 1995, 1996 und 1997 wurden im Rahmen solcher Befragungen gleiche oder ähnliche Fragen an die Wiener Bevölkerung gestellt, wodurch die jetzt vorliegende Studie nicht nur eine Darstellung des Ist-Zustandes ist, sondern auch Rückschlüsse auf längerfristige Entwicklungen zulässt. (Schluss)

mmr/nk

Rückfragehinweis: PID-Rathauskorrespondenz:

www.wien.at/vtx/vtx-rk-xlink/  
Martin Ritzmaier  
Tel.: 4000/81 855  
e-mail: martin.ritzmaier@ggs.magwien.gv.at  
Norbert Kettner  
Tel.: 4000/81 845  
e-mail: norbert.kettner@ggs.magwien.gv.at

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS \*\*\*

OTS0092 2000-05-22/11:05

221105 Mai 00

Link zur Aussendung:

[https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20000522\\_OTS0092](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20000522_OTS0092)